

Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Bestellen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Mün. a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefonruf 7605.
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

— Inserate —

Kosten die dreigespaltene Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung
und Anzeigen der Zahlstellen die Hälfte.

Nr. 20.

München, den 18. Mai 1906.

VII. Jahrgang.

Lohnbewegung der Schreiner in München.

Im Verlaufe der vorletzten Woche spielte sich im Münchener Schreinergerwerbe die schon längst geplante Lohnbewegung ab, und brachte sie den Kollegen die erhofften Vorteile. Nach zweimaliger Verhandlung mit den Arbeitgebern, unter der Leitung des Herrn Gewerberichters Dr. Schwarz, kam ein Tarifvertrag zustande, aus dem für heute die wichtigsten Punkte hier Erwähnung finden sollen. Die Arbeitszeit beträgt 53 Stunden die Woche oder 9 pro Tag. Samstag ist um 1/5 Uhr Arbeitsschluss. Den Arbeitgebern angestrebte Einführung des Durchlohnens mußten diese fallen lassen und wurden an Stelle die Mindestlöhne in folgender Höhe gesetzt: bis zu zwei Jahren nach beendeter Lehrzeit 88 Pfg., von dieser Zeit ab 50 Pfg. pro Stunde als Lohn. Diese Sätze werden ab April 1907 um 2 Pfg. pro Stunde erhöht. Auf den bisherigen Lohn erfolgt eine Erhöhung von 6 Pfg. in den Schreinerbetrieben und 9 Pfg. in den Baugeschäften. Bei Akkordarbeit bleibt Stundenlohn garantiert. Bei Ueberstunden werden 50% bezahlt. Diese Zugeständnisse sind, bis auf die Abschaffung unserer Kollegen verlangt, dasselbe, was die im Herbst v. J. ergangene Rückforderung unserer Zahlstelle auf den Arbeitgebertarif enthielt. In der Sache nun, daß unsere Münchener Ortsverwaltung hinsichtlich der wesentlichen Forderungen für die Schreiner das richtige getroffen hat, konnte sich die Leitung des sog. Holzarbeiterverbandes nicht verweigern im Kampfe um die Interessen der Arbeiter gegen unsere Kollegen zu inszenieren, der Möglichkeit keines gleichen sucht.

Den früheren Berichten unseres Organs ist es den Lesern bekannt, daß der Arbeitgeberverband im Herbst an die beiden Organisationen Tarife eingereicht. Darauf versuchten unsere Kollegen mit dem sog. Verbandszusammengangs Gefühl zu nehmen, was aber seitens der Genossen als ausgeschlossen bezeichnet. Erst als unsere Ortsverwaltung Gewißheit darüber erhielt, daß die Leitung der „Freien“ die gleiche Meinung empfand, man sich selbständig vorzugehen. Der Arbeitgeber wurde umgearbeitet und schließlich auch an das Gewerbegericht eingereicht. Unsere Zahlstelle ließ sich bei dem Vorgehen von folgenden Gesichtspunkten leiten: Zuerst erforderte es die Konsequenz, daß ein eingereichter Antrag beantwortet wird; des ferneren war zu befürchten, daß die Unterhandlungen nicht im Oktober angebahnt, sondern von den Arbeitgebern dann in späterer Zeit, die für Unterhandlungen noch ungünstiger war, würden. Diese Ansicht wurde nicht nur von unseren Kollegen vertreten, sondern in großem Umfange auch von den „Genossen“ geteilt. Der Gauleiter derselben bestätigte auf dem Gewerbegericht, indem er noch betonte, daß die Leitung von den Mitgliedern zur betreffenden Zeit auf dem Hinweis auf die Christlichen als feig und noch bezeichnet wurde. Die Leitung des sog. Holzarbeiterverbandes hielt damals mit der Beantwortung des Antrages zurück und zwar nach der eigenen Angabe deshalb, weil der Gauleiter verreist sei, dann aber wegen den bevorstehenden Gemeindevahlen. Was nun im Herbst nicht hätte annehmen können, auch die „Genossen“ nicht, um zum Vortheile der Kollegen eingetrossen, die Arbeitgebern ihre Tarife einfach ruhen ob aus Uneinigkeit zwischen sich, oder anderen, vielleicht edleren Gründen bleibt unklar; jedenfalls war die ganze Situation nur von den Arbeitgebern und nicht, wie man seitens der Roten zu machen versucht, von den Gehilfen hervorgerufen. Im Frühjahr nun war, wie auch jetzt noch, in München die Geschäftslage keineswegs günstig, so versuchte man partielle Lohnbewegungen in den einzelnen Betrieben zu erreichen. Bei diesem System wäre es zweifellos geblieben, wenn nicht schließlich von einigen Arbeitgebern erklärt worden wäre, daß sie ein Zugeständnis nicht machen weil der von ihnen eingereichte Tarif seitens der „Genossen“ noch keine Beantwortung fand. Dieses war nun die Veranlassung auch für den sog. Verband den Tarif jetzt zu beantworten. Wenn auch im Herbst, infolge der damals in Köln betriebenen Hege, die „Genossen“ ein Zusammengehen mit unserm Verbands abgelehnt haben, so lag jetzt kein Grund vor, das gleiche zu tun, weil in einer Reihe von Fällen die Möglichkeit eines Zusammengehens zum gegenseitigen Vortheile bewiesen wurde.

Doch die „Genossen“ in München haben in der Zeit so manchen brutalen Akt gegen unsere Kollegen begangen und sehnten sich auch jetzt, bei Gelegenheit des neuen Tarifvertrages, um die Arbeiterinteressen, nach einer Tat gegen unsere Zahlstelle, die für sie ein Dorn im Auge ist. Der Tarif wurde ausgeheftet, daß die Zahlstelle vernichtet werden sollte. Man hat entgegen der von ihrer Zentralleitung ausgegebenen Weisung, die übrigen

Organisationen bei Lohnbewegungen zuzuziehen, sich hier auf den Prozenstandpunkt gestellt: Mit den Christlichen verhandelt wir nicht. Um nun der Sache sicher zu sein, begab sich der Gauleiter Raith ans Gewerbegericht und gab dort die schriftliche Erklärung ab, unter keinen Umständen zu verhandeln, wenn die Christlichen zugewogen wären. Demgegenüber hat unser Kollege Schwarz die Erklärung dorthin abgegeben, daß unsere Kollegen auf der Teilnahme an den Verhandlungen bestanden. Als nun die Verhandlungen begannen, schämten sich die Vertreter der freiheitstreibenden „Genossen“ nicht, den Arbeitgebern das traurige Schauspiel der Uneinigkeit zu bieten, und bestanden auf ihrer Erklärung. In ihrem blinden Fanatismus hätten es die „Genossen“ lieber auf einen schweren Kampf ankommen lassen, als mit ihren anders gestimmten Klassengenossen die Arbeitersache zu vertreten. Die Arbeitgeber verhielten sich bei dem Streit neutral. Nachdem nun seitens des Gewerberichters Dr. Premer betont wurde, daß in dem Falle mit beiden Seiten ein Tarif abgeschlossen würde, hat Kollege Schwarz, unter Kennzeichnung dieses Vorgehens als eine brutale Vergewaltigung der Minorität, von jeden weiteren Ausführungen Abstand genommen. Die Verhandlungen wurden nun ohne Schwierigkeit zu Ende geführt und die schon angedeuteten Vorteile erzielt.

Die „Genossen“ hielten dann eine Siegesversammlung ab, in der es recht stürmisch zuging, so daß es unter sich bald zu einer Kauferei wegen der Ertragschaft gekommen wäre. Indessen in einem Punkt waren sich die Freiheitsbrüder einig, nämlich in dem Sieg über die Christlichen. Ein Jubel wurde angestimmt, als der Häuptling Raith mit stolzer Brust über das von ihm verfaßte „Gelbesüß“, die Unterdrückung der Minorität, die ihm angeblich gelungen sein soll, berichtete. Dieses allein war den Genossen von großem Wert, als alle die materialen Vorteile. Diese Tatsache muß jedem ehrlichen Menschen mehr als sonderbar erscheinen, denn es handelt sich hier um dieselben Leute, die das ganze Jahr über nicht müde werden, sich über Unterdrückung zu beklagen, die Gleichheit vertreten wollen und nach Gleichberechtigung schreien, im selben Moment aber, wo sie die Macht dazu erlangen, in der Brutalität das Höchste leisten. Betrachtet man noch den Umstand, daß auch die Masse der Mitglieder des sog. Verbandes einer offensibaren Unterdrückung ihrer Klassengenossen Beifall und Zustimmung bekennt, so ergibt sich daraus die bedauerliche Tatsache, daß die Verbeugung gegen Andersgestimmte den Leuten jedes Rechtgefühl genommen hat.

Doch wie es dem immer sein mag, der beabsichtigte Zweck, unsere bewährte Zahlstelle durch diesen Gewaltakt zu vernichten, wird den Genossen nicht gelingen. Die jetzt beendete Münchener Lohnbewegung ist zum Prüffstein der Ueberzeugungstreue unserer Kollegen geworden und sind wir der festen Ueberzeugung, daß sie diese Probe glänzend bestehen werden. Es gilt doch der Verteidigung der Freiheit und Gleichberechtigung.

Kartelle und Arbeiter.

Die Frage, welche Wirkungen die Unternehmerkartelle auf die Arbeiterschaft haben, ist schon öfters ventilirt worden. In den meisten Fällen richten sich die Vorwürfe, die man diesen Verbänden macht, gegen die Unternehmer überhaupt. Es bleibt also die Frage offen, welche besonderen Wirkungen auf die Arbeiter mit diesen Erscheinungen verknüpft sind.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß mit dem Auftreten der Kartelle eine größere Gleichmäßigkeit in das Wirtschaftsleben gekommen ist. Schwankungen treten auch heute noch auf. Sie werden hauptsächlich durch die ungefestelte Weltmarktkonkurrenz erzeugt; dann auch durch die Politik der leitenden oder schiebenden Personen, die auf das Kartell Einfluß haben. Deren Einfluß wird selbstverständlich nicht unwesentlich durch die internationale Marktlage widerum bedingt. Feststellen läßt sich aber, daß die Lehre des Sozialisten Marx, „von den periodischen Krisen“, (Krisentheorie) durch die Kartellinstitution über den Haufen geworfen wird. Wird das Kartell seiner Bestimmung gemäß als Ausgleich von Angebot und Nachfrage benutzt, und das ist sehr gut möglich, so ist die Krisengefahr wesentlich beseitigt.

Durch die Stetigkeit in der Produktion haben die Unternehmer den größten Nutzen gehabt. Ihre Gewinne blieben ziemlich gleichmäßig. Auch die Beschäftigung der Arbeiter in den kartellierten Industrien war von größerem Gleichmaß gegen die Zeit der Kartellosigkeit. Die Lohnsätze schwanken auch nicht mehr so stark wie früher. Das läßt sich zum Teil auf das indirekte Wirken des Kartells, zum Teil auf das Konto der Arbeiterorganisationen buchen. Es läßt sich aber auch sehr leicht konstatieren, daß die Lohnsätze und sonstigen Arbeitsbedingungen den Schwankungen der Unternehmerrgewinne folgten. Während in der Hochkonjunktur 1900 die Löhne

der Arbeiter im Bergbau z. B. etwas gesunken waren, fielen sie in den nächsten Jahren der Flaute wieder. Das altbekannte Bild. Bei Niedergang der Konjunktur sind die Unternehmer gleich bei der Hand sich an den Arbeitern schadloß zu halten. Tritt aber wieder eine bessere Zeit ein, so warten die Arbeiter vergebens auf entsprechende Verbesserung ihrer Lage. Tatsache ist doch, daß die Unternehmer durch die Kartellierung sich nicht nur feste, sondern auch steigende Gewinne verschafft haben. Man sehe nur jetzt wieder die Geschäftsberichte der Unternehmungen durch, besonders diejenigen, die einem Kartell angeschlossen sind. Man notiere nicht nur die gegen das Vorjahr aufwärtschnellenden Dividenden, man beachte auch die großen Abschreibungen, Rückschreiben zum Reserve- und Dividendenfonds, Vorträge u. Das vergangene Jahr hat vor allem den Kartellen riesige Gewinne gebracht. Auch das laufende Jahr ist sehr günstig. Das Kohlenyndikat konnte in Anbetracht der günstigen Lage sogar die Ausfuhrvergütung für das 3. Quartal d. J. fallen lassen.

Dem stelle man die Lage der Arbeiter gegenüber. Welcher Kontrast! Dazu beachte man, daß besonders die kartellierten Unternehmer mit Preiserhöhungen vorgehen. Unser Blatt berichtete bereits vor kurzem über diesbezügliche Vorgehen in der südd. Möbelindustrie u.

Das Düsseldorf-Rohereis Syndikat hat eine Preiserhöhung auf verschiedene Sorten Rohereis eintreten lassen, das Kohlenkontor hat die Preise ab 1. 4. 1906 beträchtlich erhöht. Der Verkaufsverein der sächsischen Braunkohlenwerke ließ mit dem 1. 4. 1906 einen Preisausschlag auf seine Produkte eintreten bis zu 5 Mk. den Doppelwagen. Auch das Kölner Braunkohlenyndikat erhöhte die Preise. Ferner sind Preiserhöhungen festgestellt in der Papier- und in der Seidenindustrie. Jedenfalls ließe sich das Register noch ausdehnen, wenn man die Öffentlichkeit mehr als bisher von derartigen Maßnahmen unterrichten würde.

Es fällt aber den kartellierten Unternehmern bei Liebe nicht ein, entsprechend den zunehmenden Gewinnen, den erhöhten Preisen, auch die Arbeiter an diesem Mehrertrag teilnehmen zu lassen. So schnell man bei der Hand ist, bei niedergehender Geschäftslage Lohnabzüge und dergl. vorzunehmen, um so zäher widerstrebt man bei aufwärtsgehender Lage irgendwelchen Zugeständnissen gegenüber den Arbeiterforderungen.

Unter den Produktionsfaktoren wird eben das „Kapital“ weit mehr geschätzt als die „Arbeit“. Man denke sich, unsere großen Unternehmungen sind heute vorwiegend Aktiengesellschaften. Die Papiere dieser Gesellschaften werden an der Börse gehandelt. Braucht ein solches Unternehmen neues Geld für Erweiterung, Neuanlagen u. so wird eine Zulassung seiner Anteile an der Börse beantragt. Der Antrag wird von der Zulassungsstelle geprüft. Die Handelskammer kann dazu auch begutachten. Wird der Antrag genehmigt, so nehmen ihn verschiedene Banken auf und das Kapital kann „zeichnen“. Fast durchweg werden nur solche Aktien zum Handel an der Börse zugelassen, von deren Güte man sich überzeugt glaubt. Hier arbeitet also fremdes Kapital. Dieses Kapital nimmt weiter nichts auf sich als ein event. Risiko, welches aber bei der innigen Verbindung, die heute zwischen Börse und Großbanken besteht, sehr niedrig ist. Dieses fremde Kapital heimt aber nach Jahresabschluss die Dividende ein, die gemäß der Kartellierung ziemlich sicher ist und wie Figuren zeigt, stetig steigt. Das Einkommen des Arbeiters aber, desjenigen, der Leben und Gesundheit, seine ganze Person in den Dienst des Unternehmers stellen muß steigt nicht.

Man hat nun keine direkten Beweise, daß das Kartell einer Verbesserung der Arbeiterlage widerstrebt. Offiziell treten die Arbeitgeberverbände in Tätigkeit, wenn es gilt, Arbeiterforderungen abzulehnen.

Das Kartell vereinigt nun die Arbeitgeber einer bestimmten Produktionsgruppe. Treten Forderungen der Arbeiter an diese Unternehmer heran, so sind sie auch am ersten in der Lage, die ganzen Produktionsbedingungen abzuwägen und eventuell Stellung zu den Forderungen zu nehmen. So wäre es den Kartellmitgliedern sehr leicht gemacht, die ganze Lage zu klären.

Wenn das letztere nur geschähe, könnte man nichts dagegen haben. Da aber die Forderungen der Arbeiter in der kartellierten Großindustrie regelmäßig bis aufs äußerste bekämpft wurden, so ist damit bewiesen, daß man den Arbeitern überhaupt das Recht verweigert, Forderungen aufzustellen. Dem Kartellsystem kann man einen Vorwurf nicht machen. Es sind eben die Personen, die das Recht des Zusammen schlusses, welches sie selbst benutzen, den Arbeitern absprechen. Das muß anders werden. Wir verkennen gewiß nicht die gewaltige Arbeit der einzelnen Betriebsleiter, ihre organisatorische Tätigkeit, wir wollen auch besonders nicht die Generalarbeit der Kartellleiter unterschätzen. Was jedoch für die Unternehmer gilt, die eine Sicherung ihrer Existenz durch das Kartell erstreben, daß muß auch für die Arbeiter gelten, die eine Sicherung ihrer Existenz in der gewerkschaftlichen Berufsorganisation sehen. Gerade dort aber, wo die Unternehmerrückstanz am meisten gefühlbar

